

SCHIFFFAHRT

„Exxon Valdez“ wird verschrottet

Genau 23 Jahre nach der Ölkatastrophe der „Exxon Valdez“ vor der Küste Südalaskas wird der Unglückstanker jetzt verschrottet. Das Schiff wurde vor wenigen Tagen für rund 16 Millionen Dollar an die indische Firma Best Oasis verkauft, die sich auf das Recycling von Frachtern spezialisiert hat und den Stahl weiterverkauft. Am 24. März 1989 war die „Exxon Valdez“ auf ein Riff im Prinz-William-Sund aufgelaufen, sie verlor 40000 Tonnen Rohöl, es war eine der schlimmsten Ölkatastrophen weltweit. Noch immer haben sich

einige Pflanzen- und Tierarten an dem Küstenstrich nicht erholt, die Ölfirma Exxon musste Hunderte Millionen Dollar für die Schäden zahlen. Die „Exxon Valdez“ war nach dem Unglück mehrmals verkauft und umgetauft worden. Sie wurde vor einigen Jahren zu einem Erzfrachter umgebaut und fuhr zuletzt unter dem Namen „Oriental Nicety“ für eine chinesische Reederei. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hatte immer wieder den alten Namen an das Heck gemalt und die Stilllegung des technisch veralteten und damit unsicheren Tankers gefordert. Aufgekauft wurde das Schiff nun von der deutschen Niederlassung von Best Oasis. Ende des Monats wird es von den Chinesen in Singapur übergeben und dann in der indischen Küstenstadt Alang auseinandergenommen.



„Exxon Valdez“ 1989

CHRIS WILKINS / AFP

TARGET-SALDEN

Berlin widerspricht

Die Bundesregierung hält die Forderungen der Bundesbank von über einer halben Billion Euro gegenüber Notenbanken südlicher Euro-Länder für unproblematisch. Nach Ansicht von Ifo-Chef Hans-Werner Sinn verbergen sich hinter diesen sogenannten Target-2-Salden zusätzliche Hilfskredite an die Randstaaten der Euro-Zone, für die der deutsche Steuerzahler haften muss. „Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht“, heißt es in einer Antwort des Bundesfinanzministeriums (BMF) auf eine Anfrage des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler. „Target-Kredite existieren nicht.“ Vielmehr han-

dele es sich bei den Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb der Europäischen Zentralbank um bloße Verrechnungsposten, „um die Bilanzen wieder auszugleichen“. Sie entstehen, wenn Notenbanken grenzüberschreitende Geldbewegungen abwickeln. Das BMF widerspricht damit auch der Bundesbank. Sie bezeichnete die Salden kürzlich als „ein Symptom der Finanzkrise“. Wenn ein Land die Euro-Zone verlasse, blieben die anderen auf ihren Forderungen sitzen, fürchten Kritiker. Nach Ansicht von Regierungsexperten stimmt das nicht. Intern argumentieren sie, die Forderungen etwa gegenüber Griechenland blieben bestehen, unabhängig davon, welche Währung das Land künftig habe. Zudem seien die Salden mit Sicherheiten unterlegt. Deshalb müssten die Forderungen nie ganz abgeschrieben werden.



HENNING SCHMIDT / ACTION PRESS

Sinn

ALTERSVORSORGE

„Last für Generationen“

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats Wolfgang Franz, 68, kritisiert die Rentenpläne der Koalition.



MARKUS KIRCHGESSNER / LAIF

SPIEGEL: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen will eine sogenannte Zuschussrente einführen: Wer nach mehr als 30 Jahren Arbeit nur geringe Rentenansprüche hat, dessen Rente soll bis auf 850 Euro aufgestockt werden. Ist das sinnvoll?

Franz: Ich halte die Zuschussrente für problematisch, weil sie eine versicherungsfremde Leistung ist und deshalb aus Steuermitteln bezahlt werden müsste – und nicht aus den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung. Heute springt die Grundsicherung ein, wenn die Rente nicht zum Lebensunterhalt reicht, und hebt die Altersbezüge auf ein Niveau, welches existentielle Armut verhindert.

SPIEGEL: Die Arbeitsministerin argumentiert, dass durch eine Zuschussrente die Gefahr wachsender Altersarmut bekämpft würde.

Franz: Sicherlich dürfte die Zuschussrente die Anzahl künftiger Bezieher einer Grundsicherung verringern. Aber die tatsächliche Anzahl der Personen, die im Alter auf eine staatliche Unterstützung angewiesen sind, ändert sich doch nicht dadurch, ob ich die Aufstockung Zuschussrente oder Grundsicherungszahlung nenne. Doch die Finanzierung der Zuschussrente über die Rentenbeiträge belastet zukünftige Generationen, denen die Lasten aufgebürdet werden.

SPIEGEL: Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig?

Franz: Erstens muss der Staat mehr in Bildung und Qualifizierung investieren, das ist der beste Schutz vor Altersarmut. Zweitens muss er die private Altersvorsorge durch eine Reform der Riester-Rente stärken.

SPIEGEL: Ministerin von der Leyen will auch eine Versicherungspflicht für alle Selbständigen. Was halten Sie davon?

Franz: Eine solche Versicherungspflicht ist dringend erforderlich. Rund drei Viertel der Selbständigen sind nicht obligatorisch für das Alter abgesichert. Wenn sie nicht privat vorsorgen, sind diese Menschen tatsächlich von Altersarmut bedroht. Dies gilt insbesondere für Selbständige, die keine Angestellten haben. Hier hat die Bundesregierung meine Unterstützung.